

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Unterausschusses
Jugendhilfeplanung am 19.04.2016
*öffentlich***

Ort: Stadthaus
Kleiner Saal
Marktplatz 2
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:00 Uhr bis 18:04 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Uwe Kramer

Sylvia Plättner
Clemens Raudith

Petra Tomczyk-Radji

Ute Haupt

Klaus Hopfgarten
Dennis Helmich
André Scherer

Ausschussvorsitzender
Vertreter der freien Träger
Vertreterin der freien Träger
Vertreter der freien Träger
Stellvertreter von Frau Köferstein
CDU/FDP Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Stellvertreterin von Frau Wießner
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Teilnahme bis 16.30 Uhr
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Stellvertreter von Frau Dr. Schöps

Verwaltung

Christian Deckert
Beate Erfurth
Uwe Weiske
Uta Rylke
Ingrid Urban
Cornelia Schönburg
Gabriele Lehmann

Jugendhilfeplaner
Kita-Planerin
Sozialplaner
Protokollführerin
Teamleiterin FB Bildung
Teamleiterin FB Bildung
Teamleiterin FB Bildung

Gäste:

Karen Leonhardt
Frank Germann
Anna Manser
Andras Magyar

Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V.
Koordinator PSW GmbH
Einrichtungsleiterin S.C.H.I.R.M-Projekt
Berater pro familia

Entschuldigt fehlten:

Frau Kerstin Köferstein
Frau Heike Wießner
Frau Dr. Regina Schöps
Frau Dr. Christine Radig

Vertreterin der freien Träger
CDU/FDP Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Verwaltung

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Kramer eröffnete die öffentliche Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Es gab keine Änderungen zur Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Die Tagesordnung wurde festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 16.02.2016
- 7.3. Flüchtlingssituation
4. Beschlussvorlagen
5. Anträge von Fraktionen und Mitgliedern des UA Jugendhilfeplanung
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Mitgliedern des UA Jugendhilfeplanung
7. Mitteilungen
- 7.1. Bericht zur Fundraisingberatung 2015
- 7.2. Bericht aus den 4 Unterarbeitsgruppen der AG 78 Hilfen zur Erziehung mit Ergebnisdarstellung
- 7.4. Themenausblick für zukünftige Sitzungen des UA Jugendhilfeplanung
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 16.02.2016

Die Niederschrift vom 16.02.2016 wurde ohne Änderungen genehmigt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt
2 Enthaltungen**

zu 4 Beschlussvorlagen

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Mitgliedern des UA Jugendhilfeplanung

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Mitgliedern des UA Jugendhilfeplanung

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Mitgliedern des UA Jugendhilfeplanung vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Bericht zur Fundraisingberatung 2015

Frau Leonhardt stellte den Bericht zur Fundraisingberatung 2015 anhand einer Präsentation vor. Sie verteilte diese Unterlagen an die Mitglieder.

Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

Frau Leonhardt sprach an, dass Herr Schachtschneider den Wunsch geäußert hatte, dass dieser Bericht auch im Jugendhilfeausschuss gegeben wird.

Sie sprach an, dass die Fundraisingberatung für die freien Träger der Jugendhilfe und Jugendinitiativen aus Halle (Saale) zur Projektentwicklung für und mit jungen Menschen ist.

Im Jahr 2015 wurden 17 Vereine, 13 Jugendinitiativen und 3 ehrenamtliche Initiativen ohne Rechtsform beraten. Das Thema Flüchtlingsprojekte war sehr stark gefragt.

Es gab 35 individuelle Beratungsprozesse, wovon 28 beendet wurden. Es handelte sich um Mitteleinwerbungen von 400 Euro bis zu 10.000 Euro. Sechs Beratungsprozesse laufen noch; 1 Beratung wurde im Vorgespräch beendet, da dies nicht zum Auftrag passte.

Frau Leonhardt verwies auf die in der Präsentation benannten Schwerpunktaufgaben der Fundraisingberatung.

Frau Haupt wollte wissen, ob auch eine Beratung von Sportvereinen möglich ist.

Frau Leonhardt antwortete, dass es bei der Anschaffung von Sportgeräten oder der Finanzierung einer Sporthalle nicht originär das Thema der Fundraising ist. Wenn es um Kinder- und Jugendhilfeprojekte geht, werden auch Sportvereine bei der Beratung unterstützt.

Im Jahr 2015 waren zwei Sportvereine bei ihnen, die auch erfolgreich unterstützt worden sind. Oftmals handelt es sich auch nur um einen Wissenstransfer. Es werden auch Hinweise zu bundesweiten Programmen gegeben, die nicht so bekannt sind.

Herr Hopfgarten wollte wissen, woraus die erwähnten Wartezeiten bei der Beratung resultieren. Ist dies ein Personalproblem oder gibt es spezielle Aufgabengebiete, nach denen gefragt wird.

Frau Leonhardt erwiderte, dass es eine Ressourcen- und Kompetenzfrage ist. Es gibt zwei Mitarbeiterinnen; sie selbst ist mit 10 und Frau List mit 4 Wochenstunden in der Fundraisingberatung tätig.

Her Kramer merkte an, dass der Bericht zur Fundraisingberatung früher im Jugendhilfeausschuss gehalten wurde, bis gesagt worden ist, dass dieser in den Unterausschuss Jugendhilfeplanung gehört.

Er bat die Vertreterin der CDU/FDP-Stadtratsfraktion an Herrn Schachtschneider heranzutragen, dass dieser seine Anregung im Jugendhilfeausschuss vortragen sollte. Bei speziellen Nachfragen kann die Fraktion auch Frau Leonhardt zu sich einladen.

Frau Leonhardt empfahl Interessierte, sich in den Verteiler aufnehmen zu lassen, um an Informationen zu kommen. Es wird auch versucht, einen Austausch zwischen Vereinen, die ähnliche Probleme haben, hinzubekommen.

zu 7.2 Bericht aus den 4 Unterarbeitsgruppen der AG 78 Hilfen zur Erziehung mit Ergebnisdarstellung

Herr Weiske sprach an, dass Vertreter aus den Unterarbeitsgruppen der AG 78 zu HzE zu deren Ergebnissen berichten werden.

Herr Deckert erläuterte, dass die Arbeitsgruppe nach § 78 im Bereich Hilfen zur Erziehung (HzE) einen Arbeitsauftrag erhalten hatte, welcher umgesetzt werden sollte. Das Zwischenergebnis dazu wird durch die Unterarbeitsgruppen vorgetragen.

Das Ergebnis aus den vier Unterarbeitsgruppen wurde präsentiert.
Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

Herr Weiske fasste die bisherigen Steuerungsansätze im Bereich HzE kurz zusammen und stellte als Fazit fest, dass alle bisherigen Steuerungsmodelle hinsichtlich der Fallzahlenentwicklung und Kostensenkung nicht den gewünschten Effekt gebracht haben.

Hilfen müssen notwendig, wirksam, geeignet und wirtschaftlich sein.

Dies wird zum Anlass genommen, in der AG 78 nach zu justieren, um dem Anspruch nach dem KJHG planerisch und umsetzbar entgegenzukommen.

Wann ist eine Hilfe eine gute Hilfe, wann hat diese gewirkt und wann ist diese gelungen?
Dies ist für eine Handlungsweise im planerischen Bereich wichtig zu wissen.

Frau Urban und Herr German stellten die Zwischenergebnisse aus der ersten Unterarbeitsgruppe vor.

Herr German trug die wichtigsten Wirkfaktoren in den Hilfen zur Erziehung vor. Wichtiger Ansatz ist, eine qualifizierte und wirksame Fallarbeit zu leisten. Deswegen muss klar sein, was in der Stadt Halle (Saale) unter den Beteiligten darunter verstanden wird. Erst dann kann über Planungsziele und -vorhaben gesprochen werden, die umgesetzt werden sollen.

In den vier Unterarbeitsgruppen gab es dazu seit über einem Jahr eine kontinuierliche und regelmäßige Beschäftigung mit dieser Thematik zwischen dem öffentlichen und den freien Trägern.

Frau Urban legte dar, dass man sich in der ersten Unterarbeitsgruppe mit der Zielgruppenbeschreibung auseinandergesetzt hat. Sie verwies darauf, dass es bereits im Jahr 2006 eine Zielgruppenbeschreibung gab, welche aber von einem anderen Ansatz ausgegangen war. Sie erläuterte den alten Ansatz kurz und erklärte, dass dieser nochmals angeschaut worden ist.

Herr German verdeutlichte, dass Vereinfachungen erforderlich waren, um den Kern des Ganzen zu treffen. In den Fachkreisen wurden die Lebenssituationen nochmals genau angeschaut und die Überschneidungen deutlich gemacht. Hilfe beginnt dann, wenn es Kindern sehr schlecht geht. Eltern fehlt es oft an Fähigkeiten, um die Lebenssituation für ihre Kinder besser gestalten zu können. Er benannte anhand von Beispielen Fähigkeiten die Eltern fehlen und die diesen erst wieder nahegebracht werden müssen.

Frau Urban erläuterte die neue Zielgruppendefinition.

Wenn alle Ressourcen bei Eltern ausgeschöpft sind und sich diese Fähigkeiten angeeignet haben, um sich dauerhaft anders zu verhalten, ist das Ziel erreicht.

Frau Manser und Frau Lehmann stellten die Zwischenergebnisse aus der zweiten Unterarbeitsgruppe vor.

Frau Lehmann sprach an, dass sich die zweite Unterarbeitsgruppe mit der Thematik „Subjektstellung“ befasst hat und ging näher darauf ein. Sie verwies auf den gesetzlichen Auftrag aus dem Grundgesetz und dem SGB VIII hin und wies darauf hin, dass dies auch Wirksamkeit und Nachhaltigkeit schafft.

Frau Manser brachte zum Ausdruck, worauf der zentrale Fokus liegt und was für Familien wichtig ist, um in der Familie etwas ändern zu können.

Frau Lehmann erläuterte die bisherige und die neue Arbeitsgrundlage in den Hilfen zur Erziehung in der Stadt Halle (Saale). Das Erfahrungswissen von Sozialarbeitern war hierbei sehr wichtig und es wurde auch auf neue wissenschaftliche Studien zurückgegriffen.

Frau Manser fuhr fort, dass das sozialpädagogische Erfahrungswissen mit dem der Hirnforschung zusammen gebracht wurde, um heraus zu kristallisieren, dass Familien gezielt angeregt werden müssen, bestimmte Dinge regelmäßig immer wieder zu tun, damit sich ihnen dies einprägt. Fachkräfte müssen wissen, mit welchen Mitteln man beim Menschen möglichst eine Veränderungsbereitschaft bewirkt und sie dabei mitnimmt.

Frau Lehmann machte deutlich, dass die Mitarbeiter vom Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) als auch von den freien Trägern befähigt werden sollen, die Mitwirkung der Familien zu erreichen und einen Blick auf die familiären Ressourcen zu finden, um zielgerichtet gemeinsam arbeiten zu können. Es sollen wirksame Hilfen greifen.

Frau Schönburg und Herr Magyar trugen die Zwischenergebnisse aus der dritten Unterarbeitsgruppe vor.

Herr Magyar nahm ebenfalls Bezug auf die Hirnforschung und deren Erkenntnisse bei jungen Menschen in Verbindung mit Wirkfaktoren für das professionelle Handeln. Er sprach an, dass es keinen „Einheitsklienten“, sondern mehrere Klienten gibt. Durch den Austausch mit Fachkräften wurden die verschiedensten Perspektiven beleuchtet.

In einigen Familien sind Eltern bereits geistig oder psychisch vorbelastet, so dass dort normale sozialpädagogische Maßnahmen nicht greifen. Das bedeutet, dass in diesen Familien die klassischen Hilfen nicht ausreichen. Als zentrales Thema hat sich die Bindungsstörung herauskristallisiert.

Frau Schönburg stellte Risikofaktoren bei Eltern und Kindern dar, die im Alltag von den Sozialarbeitern im ASD und bei den freien Trägern festgestellt wurden. Problematisch stellen sich Situationen dar, wo mehrere Risikofaktoren aufeinander treffen. Sie ging auf einzelne Punkte näher ein und machte deutlich, dass die Art der angebotenen Hilfen eine Rolle bei der Bewältigung der Probleme spielen. Klar ist, dass für Kinder frühe Bindungen sehr wichtig sind.

Sie sprach an, dass für 2017 angedacht ist, eine Fachtagung zu frühen Bindungen und vor- und nachgeburtlichen Einflüssen und Ressourcen und Risiken zu machen, um die Arbeit mit betroffenen Familien zu qualifizieren. Die Voraussetzungen für die angedachte Fachtagung müssen geprüft werden, wie Finanzierung, Tagungsraum, Größenordnung etc.

Wenn diese Fachtagung gewollt ist, würde die Unterarbeitsgruppe dies konzeptionell vorbereiten.

Herr Deckert sprach an, dass er die Zwischenergebnisse der vierten Unterarbeitsgruppe vorträgt, da die beiden Vertreter verhindert sind.

Er trug vor, dass sich diese Gruppe mit der Thematik „Hilfen zur Erziehung und Prävention“ auseinandergesetzt hat. Die Frage war, wann präventive Leistungen im Bereich HzE in Anspruch genommen werden und wo sich beide Bereiche ergänzen. Die Antwort ist: vor, während und nach den Hilfen zur Erziehung können präventive Leistungen unterstützend wirken. Die Familien müssen an diese Angebote heran geführt und im Hilfeplan vereinbart werden.

Herr Deckert führte zum Ausblick auf die weitere Arbeit der Unterarbeitsgruppen aus, dass an den einzelnen Themen weitergearbeitet und eine Netzwerkkarte zu den Sozialräumen und den stadtweiten Angeboten erstellt werden muss. Ziel des Auftrags ist es, ein Planungsdokument Hilfen zur Erziehung zu erarbeiten, das heißt: Bestand, Qualitätsstandards und Planungsziele. Als Zeitschiene ist angedacht, dass es im Dezember 2016 einen weiteren Zwischenbericht geben soll. Im Jahr 2017 wird diese Arbeit fortgeführt, so dass ein Planungsdokument Anfang 2018 dem Jugendhilfeausschuss und Stadtrat vorgelegt werden kann.

Herr Weiske ergänzte, dass am 20. Mai die nächste Arbeitsgruppe HzE tagen wird.

Herr Kramer dankte allen Vertretern für deren Ausführungen und gab Raum für Nachfragen.

Herr Scherer wollte wissen, warum die Ressourcen zur Qualifikation bei den freien Trägern keine Rolle gespielt haben. Hier gibt es große Unterschiede, so dass es einen Standard geben sollte.

Frau Manser antwortete, dass die Grundausbildung von allen Fachkräften, die im Bereich HzE tätig sind, ein abgeschlossenes Hochschulstudium ist. Diese müssen einen Bachelorabschluss haben. Bei einem Diplom sollte noch eine Zusatzausbildung vorhanden

sein. Sie wies darauf hin, dass diese Fachkräfte über ein Erfahrungswissen und eine besondere Sensibilität verfügen sollten; die im Studium nicht zu erlernen sind. Es werden keine Erzieher mit Fachschulabschluss in die Familien geschickt.

Frau Tomczyk-Radji fragte zur Netzwerkarbeit an. Sie wollte zu nachfolgenden Punkten Näheres wissen:

1. Wie wird eine Stärkung der Elternkompetenz erreicht?
2. Wie ist die personelle Ausstattung gegenüber den Bedarfen; reicht das vorhandene Personal?
3. Gewalt in Familien; Kinder lernen dadurch Vermeidungsstrategien; wie wird dem entgegengewirkt?
4. Bindungsstörungen/Stillen von Kindern – wie ist die Zusammenarbeit mit angrenzenden Bereichen/Netzwerkarbeit?

Herr German antwortete zu 1. und 2.:

Mittlerweile gibt es die dritte Generation, welche sich in den Hilfen zur Erziehung befindet. Das hat Auswirkungen. 60 % dieser Eltern hatten selbst eine Heimerziehung. Er wies in dem Zusammenhang auch auf die Ergebnisse aus der Hirnforschung hierzu hin, so dass klar wurde, welche Faktoren bereits eine Rolle spielen. Es geht darum, dass diese Familien neue Erfahrungen machen, die auch mit intensiven Gefühlen zu tun haben. Diese Familien benötigen Bindungen, die geschaffen werden müssen.

Es ist Aufgabe der Sozialarbeiter, diese Menschen für ihr eigenes Leben zu begeistern. Hier ist das Problem, dass die Mitarbeiter zu wenig Zeit haben, so dass eine bessere personelle Ausstattung da sein müsste. Es gibt extrem hohe Fallzahlen; im Vergleich zu anderen Großstädten ist diese in der Stadt Halle (Saale) doppelt so hoch bzw. gibt es bei gleichen Fallzahlen nur die Hälfte des Personals, was sich auch bemerkbar macht.

Frau Urban antwortete zu 3.:

Es gibt Familien, bei denen Gewalt in der Familie ständig vorkommt. Das Hauptproblem dabei ist, dass es keine Ressourcen in diesen Familien gibt. Die Erfahrungen aus der eigenen Kindheit spielen hier eine Rolle. Es muss geschaut werden, aus welchen Gründen Gewalt ausgeübt wird. Sind keine Fähigkeiten da oder hat sich die gewaltausübende Person bereits „von dem Kind verabschiedet“? Es gibt Familien, in denen das Kind stört. Warum handeln Mutter oder Vater so; warum vermeiden Kinder, darüber zu sprechen? Kinder schützen ihre Eltern oder übernehmen Verantwortung für ihre Mutter, die evtl. das kleine Geschwisterkind schützen muss.

Es gibt viele Konstellationen, die in den Familien vorkommen, die begleitet werden sollen. Es braucht gut ausgebildete Fachleute, die genau hinschauen und genaue Analysen zur Familie machen können, damit eine passgenaue Hilfe angeboten werden kann. Die Heimerziehung ist nicht die Lösung, um Familie ersetzen zu können. Die beste Heimerziehung kann keine halbwegs funktionierende Familie ersetzen. Deswegen muss genau eine passende Hilfe geprüft werden. Evtl. ist auch eine Trennung von Eltern und Kindern für 1, 2 Jahre die beste Lösung und dann eine Rückführung in die Familie angebracht. Oder ein Aufwachsen in der Familie ist tatsächlich nicht mehr möglich.

Eine genaue fachliche Analyse zu einer wirkungsvollen Hilfe ist erforderlich.

Herr Magyar ging auf die 4. Frage ein.

Er sprach an, dass es Vernetzungen mit Ärzten, Kliniken, Kindergärten und Schulen etc. gibt. Es gibt Beratungsstellen, Hebammen und Entbindungsstationen mit denen frühzeitig

kooperiert wird. Eine Kooperation besteht auch mit der Polizei, welche Auffälligkeiten in Familien dem Jugendamt mitteilt. Es muss frühzeitig eingegriffen werden, um eine Störung frühzeitig beheben und etwas bewegen zu können.

Auch hier spielen ökonomische Zwänge keine unerhebliche Rolle; die Erziehungsberatungsstellen wurden im Bereich der Förderung der Kooperation von 15 auf 8 % gekürzt. In den Kindergärten wird für eine Vor- und Nachbereitung keine Arbeitszeit eingeräumt. Finanzielle Grenzen spielen immer eine Rolle.

Frau Plättner sprach an, dass die Wichtigkeit des Weiterarbeitens dieser vier Unterarbeitsgruppen deutlich geworden ist. Klar ist, dass die Bedingungen vorhanden sein müssen, um tatsächlich Wirkungen zu erzielen. Sie verwies auf die hohe Zahl der „Wiederkehrer“ im Bereich HzE, für die keine Begründung da ist.

Die Aussage zu den erforderlichen Qualifizierungen trifft für den ambulanten Bereich zu. Im stationären Bereich sind vor allem Erzieher gefragt, die bereits darauf verwiesen haben, dass die Arbeit schon in den Bereich der sozialpädagogischen Tätigkeit geht, da es nicht nur um die Kinder, sondern auch um die Familie geht. Es wird dort viel Familienarbeit geleistet, damit ggf. die Kinder nach einiger Zeit wieder in die Familie zurückgeführt werden können.

Der Anspruch an die Tätigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort ist anders; was wiederum Auswirkungen auf den Kostensatz hat, da eine Sozialpädagogin mehr als eine Erzieherin verdient. Diese Dinge müssen miteinander diskutiert werden.

Die jahrelangen Umstrukturierungen im Bereich HzE in der Stadt Halle (Saale) hat auch mit den Mitarbeitern etwas gemacht; bis hin zu den Fallzahlen, die bei den ASD-Mitarbeitern liegen. Diese Themen müssen in den Arbeitsgruppen eine Rolle spielen.

Herr Kramer wies darauf hin, dass das Dilemma der steigenden Kosten und unzureichenden Ressourcen gegenüber den Anforderungen eine große Rolle spielt.

Er regte an, dass die heute gegebenen Informationen in die Fraktionen getragen werden sollen, mit dem Hintergrund, dass eine Qualität geliefert werden muss, wofür eine Struktur vorhanden sein muss, die gut arbeiten kann und das muss nicht immer automatisch mehr finanzielle Mittel bedeuten und andererseits sollte die Diskussion erfolgen, wieviel Mittel benötigt würden, um eine bestimmte Qualität zu erreichen. Dies könnte eine politische Diskussion werden.

Er empfahl den Fraktionen, sich Vertreter der Unterarbeitsgruppen einzuladen und sich deren Ergebnisse anzuschauen.

Herr Kramer ging auf den erwähnten Fachtag ein. Die Frage ist, wie mit dem Ressourcenbedarf umgegangen wird, der hierfür formuliert worden ist, wo kommt dieser wie an? Es sollte verabredet werden, wie damit umgegangen werden soll, dass der Fachtag benötigt wird und finanzielle Mittel benötigt werden.

Herr Deckert erwiderte, dass das gesamte Handeln unter die Prämisse gestellt worden ist, was dies für eine gute und qualifizierte Fallarbeit bedeutet. Rahmenbedingungen gehören dazu. Das Zwischenergebnis „Fachtagung“ wird im Fachbereich Bildung mit eingebracht. Die Jugendhilfeplanung und der Fachbereich arbeiten eng zusammen. Es muss geschaut werden, ob und wie dies umgesetzt werden kann. Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 7.3 Flüchtlingssituation

Frau Heder legte dar, dass diese Thematik bereits in mehreren Ausschüssen erörtert worden ist. Im Jugendhilfeausschuss wurde die quartalsweise Berichterstattung verabredet. Sie bat um die Mitteilung, was der Unterausschuss Jugendhilfeplanung speziell an Informationen zur Flüchtlingssituation benötigt, die dann regelmäßig hier mit eingebracht werden kann, über die Informationen hinaus, die quartalsweise ohnehin im Jugendhilfeausschuss gegeben werden.

Frau Plättner sprach an, dass im letzten Jugendhilfeausschuss auf Grund der fortgeschrittenen Zeit die Thematik nicht vorgetragen und diskutiert worden ist, sondern die Mitglieder diese Information in Session hinterlegt bekommen haben. Sie würde sich eine Diskussion hierzu wünschen, da Personen mit Praxiserfahrung zur Problematik sprechen können, wie Frau Köferstein, die bereits informiert hat.

Sie empfahl, Personen aus KITAS, aus stationären und offenen Kinder- und Jugendeinrichtungen einzuladen, um Praxiserfahrungen zur Situation zu erhalten.

Mittlerweile sind die Flüchtlingszahlen zurückgegangen. Die Clearingstellen fangen an zu arbeiten. Die Frage ist, wie es perspektivisch weitergehen wird; bleibt es bei den Zahlen oder geht der Flüchtlingsstrom weiter? Veränderungen sollten in der Jugendhilfeplanung sofort angezeigt werden, da die Anzahl der ankommenden Flüchtlinge Auswirkungen auf die gesamte Jugendhilfelandchaft in der Stadt Halle (Saale) haben wird.

Frau Heder regte an, dass die Strukturqualität in den Unterausschuss Jugendhilfeplanung gehört. Die Frage ist, was benötigen wir? Der Aufbau läuft; gegenwärtig sind in der Stadt Halle (Saale) neun Träger mit unterschiedlichen Angeboten mit einer Kapazität von 68 Plätzen. Es gibt noch Träger, welche in der Planung sind, noch Plätze aufzubauen. Das wären noch maximal 58 dazukommende Plätze. Es sind noch offene Standort- und Baufertigungsfragen abzuklären, so dass zumindest minimal 28 Plätze entstehen würden.

Setzt man das in das Verhältnis zu dem Verteilungsschlüssel im Land Sachsen-Anhalt müsste die Stadt Halle (Saale) 190 Plätze für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge vorhalten. Auf Grund der Erfahrungen seit Herbst 2015 kann gesagt werden, dass nicht alle Plätze benötigt werden, da es auch noch andere geeignete Unterkünfte bei Erwachsenen des gleichen Kulturkreises gibt oder einzelne Pflegestellen bestehen. Sie geht davon aus, dass sich die Kapazität auf ca. 150 Plätze einpegeln wird.

Der Aufbau wird weiterhin benötigt, da jetzt die Umverteilung unter den Bundesländern beginnt. Das Land Sachsen-Anhalt ist bei 54 % des Soll-Erreichungsgrades angelangt, während andere Bundesländer bei bis zu 300 % liegen. Das heißt, dass es Umverteilungen in unser Bundesland geben wird. Das Landesjugendamt fragt die öffentlichen Jugendhilfeträger an, wer freie Kapazitäten hat. Im Trägerkreis wurde dazu vereinbart, dass zu zwei Stichtagen in der Woche freie Plätze an sie und „CC“ an Herrn Menzel gemeldet werden. Wenn die Abfrage vom Landesjugendamt kommt, gibt sie die Auskunft, wieviel freie Plätze bei welchem Träger sind und welche Nationalität vermittelt werden sollte. Das hat bisher gut funktioniert.

Der jetzige Stand ist so, dass die Kapazitäten zu 100 % ausgeschöpft sind und weitere Plätze benötigt werden. Als erster Evaluationszeitraum ist per Gesetz der 01. Juli 2017 vorgesehen. Bis dahin ist jedes Jugendamt zur täglichen Meldung verpflichtet, so dass dies ein großer Dokumentationsaufwand ist.

Bisher gab es außer am Standort in Nietleben noch keine Probleme mit Anwohnern.

Beide Clearingstellen sind mit 16 Plätzen geplant; die Verhandlungen laufen noch mit beiden Trägern. Beide Objekte sind noch nicht fertig.

Die Clearingstellen mit den 32 Plätzen werden auch weiterhin benötigt, da nach der vorläufigen Inobhutnahme der Inobhutnahmeprozess noch nicht abgeschlossen ist. Das heißt, dass die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge dann nicht in die üblichen Wohngruppen kommen, sondern noch in den Clearingstellen versorgt werden und die Vormundschaftsberatung usw. dort mit einsetzt.

Es gibt noch viel an Qualitätsentwicklung zu erledigen und die Struktur muss erst fertig sein.

Herr Kramer stellte fest, dass Frau Heder viele Informationen gegeben hat und zur nächsten Sitzung aktuell berichtet werden soll. Die Frage von Qualität ist eher ein Thema für den Jugendhilfeausschuss. Der Unterausschuss nimmt die Informationen zur Kenntnis.

Herr Weiske teilte mit, dass dieses Thema auch in der Jugendhilfeplanung, speziell in der AG 78 HzE, besprochen wird.

Herr Deckert verwies auf die heute gehaltene Präsentation, auf welcher auch als eine Zielgruppe die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge (UmA) standen. Der Fachbereich Bildung ist im operativen Geschäft dabei, auch die quantitativen Bedingungen dafür zu schaffen, beginnend mit den beiden Clearingstellen.

Herr Kramer brachte vor, dass Konsens besteht, dass sich der nächste Unterausschuss Jugendhilfeplanung wieder mit diesem Planungsstand beschäftigt. Der Tagesordnungspunkt zur Flüchtlingssituation soll bestehen bleiben, um aktuell informiert zu bleiben.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 7.4 Themenausblick für zukünftige Sitzungen des UA Jugendhilfeplanung

Herr Kramer sprach an, dass es diese Woche eine Zusammenkunft zwischen Herrn Weiske, Herrn Deckert und ihm geben wird, bei der über die Jahresplanung neu gesprochen wird, da Einiges mittlerweile überholt ist. Dieser Jahresthemenausblick wird zur nächsten Sitzung vorgestellt.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Anfrage Herr Kramer zur Jugendhilfeplanung

Herr Kramer fragte zur Jugendhilfeplanung, die momentan im Widerspruch ist, nach. Er fragte zu den zwei Möglichkeiten: dem Widerspruch wird stattgegeben oder nicht stattgegeben und wollte wissen, was dies für die weitere Arbeit bedeutet.

Herr Weiske teilte mit, dass dieser Widerspruch noch dem Landesverwaltungsamt vorliegt; das Prüfergebnis ist noch nicht bekannt. Die aktuelle Jugendhilfeplanung ist damit noch nicht bestätigt und nicht rechtsgültig. Damit gilt nach wie vor die alte Jugendhilfeplanung.

zu 9 Anregungen

zu 9.1 Anregung Herr Kramer zur Teilnahme am Symposium des Landesjugendringes

Herr Kramer teilte mit, dass am 23.05.2016 durch den Landesjugendring ein Symposium zur Jugendförderung § 31 KJHA-LSA – Eine neue Ära? stattfindet. Wie wirkt die neue Jugendförderung als Nachfolge von Jugendpauschale und Fachkräfteprogramm für die Kinder- und Jugendarbeit in Sachsen-Anhalt?

Er regte die Mitglieder an, sich daran zu beteiligen. Näheres steht auf der Homepage des Landesjugendringes unter folgendem Link:

<http://kjr-lsa.de/ger/start/index.php>

Es gab keine weiteren Anregungen.

Herr Kramer beendete die öffentliche Sitzung und stellte die Nichtöffentlichkeit her.

Uwe Kramer
Ausschussvorsitzender

Uta Rylke
Protokollführerin